



Auswärtiges Amt

Dr. Frank-Walter Steinmeier

Bundesminister des Auswärtigen
Mitglied des Deutschen Bundestages



**Bundesministerium
der Verteidigung**

Dr. Ursula von der Leyen

Bundesministerin der Verteidigung
Mitglied des Deutschen Bundestages

An den
Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im
Deutschen Bundestag
Herrn Volker Kauder, MdB

An die
1. Stellv. Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion im
Deutschen Bundestag und Vorsitzende
der CSU-Landesgruppe
Frau Gerda Hasselfeldt, MdB

An den
Vorsitzenden der SPD-Fraktion im
Deutschen Bundestag
Herrn Thomas Oppermann, MdB

An die
Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im
Deutschen Bundestag
Frau Dr. Sahra Wagenknecht, MdB

An den
Vorsitzenden der Fraktion DIE LINKE im
Deutschen Bundestag
Herrn Dr. Dietmar Bartsch, MdB

An die
Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen im
Deutschen Bundestag
Frau Katrin Göring-Eckardt, MdB

An den
Vorsitzenden der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen im
Deutschen Bundestag
Herrn Dr. Anton Hofreiter, MdB

Berlin, den 04. Jan. 2016

Sehr geehrte Frau Vorsitzende, sehr geehrter Herr Vorsitzender,

die Bundesregierung beabsichtigt, am 6. Januar 2016 die Fortsetzung und Erweiterung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der „Multidimensionalen Integrierten Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Mali“ (MINUSMA) zu beschließen und einen entsprechenden Antrag auf Zustimmung in den Deutschen Bundestag einzubringen.

Der bisher geleistete deutsche militärische Beitrag für MINUSMA soll fortgeführt werden. Er sieht die Beteiligung mit Personal in den Führungsstäben der Mission und mit Verbindungsoffizieren, mit abrufbaren Fähigkeiten des taktischen Lufttransports, sowie die Bereitstellung von Luftbetankungsfähigkeiten zur Unterstützung der in den Resolutionen des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen autorisierten französischen Kräfte vor. Die für diese Aufgaben im bisherigen Mandat vorgesehenen bis zu 150 Soldatinnen und Soldaten werden auch Teil des neuen Mandats sein.

Zusätzlich beabsichtigt die Bundesregierung beginnend ab Februar 2016 eine verstärkte gemischte Aufklärungskompanie, Objektschutzkräfte und erforderliche Einsatz-, Logistik-, Sanitäts- sowie Führungsunterstützungskräfte sowie einen erhöhten deutschen Personalanteil in den Stäben der Mission in der Hauptstadt Bamako sowie im Norden Malis, in Gao, zu stellen. Zur Sicherstellung der in diesem Rahmen erforderlichen Fähigkeiten sind bis zu 500 Soldatinnen und Soldaten zusätzlich erforderlich. Es sollen damit insgesamt bis zu 650 Soldatinnen und Soldaten für MINUSMA eingesetzt werden.

Das Einsatzgebiet liegt vorrangig in Mali. Unterstützungsleistungen bei Lufttransport und bei Bedarf ggf. Luftbetankung zur Unterstützung der in den Resolutionen 2100 (2013), 2164 (2014) und 2227 (2015) unter den dort genannten Voraussetzungen autorisierten französischen Kräfte können in und über Mali sowie in und über Staaten erfolgen, von denen eine Genehmigung der jeweiligen Regierung vorliegt.

Mit einem erweiterten deutschen Beitrag will die Bundesregierung die Bemühungen der Vereinten Nationen für ein sicheres Umfeld und zur Förderung des politischen Prozesses noch stärker unterstützen. Dies geschieht in dem Wissen, dass die Stabilität Malis zentral für die

gesamte Region ist. Dabei unterstützen und entlasten wir auch unsere in Mali engagierten europäischen Partner, u.a. die Niederlande und Frankreich. Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hat die Stabilisierungsmission in Mali am 25. April 2013 mit Resolution 2100 (2013) eingerichtet und am 29. Juni 2015 mit Resolution 2227 (2015) die Verlängerung um ein weiteres Jahr bis zum Juni 2016 (2016) beschlossen.

Die Sicherheitslage in der Sahelregion, und insbesondere in Mali, ist weiterhin volatil, die VN-Mission MINUSMA hat im Rahmen der Stabilisierung eine Schlüsselfunktion. Innerhalb Malis wiederum ist die Stabilisierung des Nordens eine Priorität.

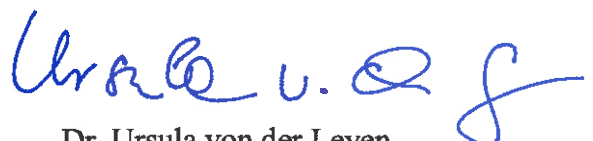
Zu den Kernaufgaben der Mission gehört, die Vereinbarungen zur Waffenruhe und die vertrauensbildenden Maßnahmen zwischen den Konfliktparteien sowie die Umsetzung des Friedensabkommens zu unterstützen und die Sicherheit, Stabilisierung sowie den Schutz von Zivilpersonen zu fördern. Außerdem sollen der nationale politische Dialog und die nationale Aussöhnung, die Wiederherstellung der staatlichen Autorität im gesamten Land, der Wiederaufbau des malischen Sicherheitssektors, der Schutz der Menschenrechte und der humanitären Hilfe, die Sicherheit des Personals der Vereinten Nationen sowie die Erhaltung des Kulturguts unterstützt werden. Durch die erhebliche Größe des Einsatzraumes kommt gerade weiträumig wirkenden Aufklärungssystemen besondere Bedeutung zu. Der erweiterte deutsche Beitrag ersetzt teilweise bisher von den Niederlanden gestellte Fähigkeiten und ergänzt bzw. erweitert sie in ihrer Leistungsfähigkeit. Die Beteiligung an MINUSMA ist zudem komplementär zur Beteiligung an der durch die EU geführten militärischen Ausbildungs- und Beratungsmission EUTM Mali und kann im Sinne der Resolution des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen 2227 (2015) diese mit Mitteln der Vereinten Nationen fördern und unterstützen.

Wir bitten Sie, Ihre Fraktion über dieses Vorhaben der Bundesregierung zu informieren. Für weitere Fragen steht die Bundesregierung in den zuständigen Ausschüssen des Deutschen Bundestages zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Frank-Walter Steinmeier



Dr. Ursula von der Leyen